

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 103 (1977)
Heft: 27

Rubrik: Briefe an den Nebi

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nochmals: Belegte Tatsachen

Die Zahlen betreffend Schädlichkeit der Emissionen von Kernkraftwerken (im «Pardon» – Sonderdruck zur Problematik der Kernenergie, März 1977) haben mich so beeindruckt, dass ich sie, ohne Ueberprüfung der Quellen, für meinen Leserbrief in Nr. 20 übernommen habe. Inzwischen habe ich natürlich auch nach der Herkunft dieser Zahlen geforscht, leider bisher ohne Erfolg. Ich bin darum Herrn Lutz überaus dankbar für seinen Hinweis (in Nr. 24) auf Mrs. Weik und deren «sonderbare Machenschaften» mit positiven und negativen Schwankungen.

Auf meiner Suche nach Quellen bin ich, wenn auch nicht auf Mrs. Weik, so doch auf zwei andere Amerikaner, die Herren Dr. A. R. Tamplin und Dr. J. W. Gofman, gestossen. Da Herr Lutz das Bedürfnis bekundet hat, an dieser Stelle nochmals etwas aus meiner Feder zu lesen, erlaube ich mir, aus deren Arbeit über die Umweltbelastung von nuklearen Experimenten einige Zahlen zu zitieren. (Diese Untersuchung wurde im Auftrag der amerikanischen Atomenergiekommission [AEC] durchgeführt. Beim Vorliegen der Ergebnisse versuchte sich diese von den Autoren zu distanzieren und den Bericht geheimzuhalten. Dieser wurde aber von Gofman und Tamplin im Buch «Kernspaltung – Ende der Zukunft», Sponholtz Verlag, Hameln 1974, veröffentlicht.) Dort steht zu lesen, dass die heute international erlaubte und als unschädlich geltende Strahlensammlung von 170 mrem/a (Millirem pro Jahr) schon nach einer Strahlungsdauer von sechs Jahren (= ca. 1 rem) beim erwachsenen Menschen eine Zunahme aller Formen von Krebs um ca. 2 % bewirkt, bei Kindern eine Erhöhung um 10–20 %. Wird gar ein Ungelobenes derselben Dosis ausgesetzt, erhöht sich die Gefahr, in den ersten zwanzig Jahren an Krebs zu erkranken, um 60–300 %. Die effektiv abgegebene Strahlenmenge soll zwar nach Angaben der AEC nur 0,01 mrem/a betragen, trotzdem wehrt sich diese heute noch energisch gegen eine Herabsetzung des Grenzwertes auf einen Zehntel (17 mrem).

Etwas verständlicher wird vielleicht das Sträuben dieser Behörde an einem Beispiel aus Deutschland. Die Illustrierte «Das Tier» schreibt in ihrer Aprilnummer 77: «Bisher sollte die Strahlenbelastung in der Umgebung des Kernkraftwerks Obrigheim in den letzten Jahren höchstens 1 mrem/a erreicht haben. Die Universität Heidelberg dagegen stellte allein eine äussere Strahlenbelastung (ohne inkorporierte Radionuklide) zwischen 50 und 250 mrem/a fest! ... Ausserhalb des Kernforschungszentrums Karlsruhe traten in den letzten Jahren Strahlenbelastungen zwischen 260 und 1750 mrem/a auf. ... Zahlreiche Zwischenfälle werden beschrieben, bei denen die zulässigen Grenzwerte für Radioaktivität in der Umwelt zum Teil bis zum 100 000fachen überschritten wurden. ... Die Jahresberichte der amtlichen Umgebungsüberwachung aller anderen

technischen Anlagen und Kernkraftwerke in der BRD werden geheimgehalten.»

Sind dies alles wohl auch nur absolut normale statistische Schwankungen? Danken wir Gott, dass wir nicht in Deutschland leben müssen – aber wer weiss, vielleicht werden auch in der Schweiz einmal von einer politisch und wirtschaftlich unabhängigen Körperschaft Messungen vorgenommen.

E. Schlatter, Regensburg

Uebersetzte Einkommen

Warum ging unser Finanzpaket trotz den vielen beschwörenden Worten des Managements bachab? Warum so schwache Urnengänge? Der Bürger ist nicht stimmfaul, er ist übersättigt in unserm demokratischen Haushalt. Das Berner Finanzmalaise wirkt seit Jahren ansteckend und führte zu Missbildungen in der Wirtschaft. In den jüngsten Fernsehsendungen sprachen die Parteispitzen am laufenden Bande von Einsparungen. Hierüber hat der Bürger satt genug gehört.

Die Gelder müssen dort hereingeholt werden, wo sie vorhanden sind, ohne Schaden für Wirtschaft, Export, Infrastruktur und Inflation. Viele Einnahmenpositionen wurden bis heute dem Bürger nicht mündgerecht dargelegt. Beginnen wir einmal mit dem Abbau der hohen Bundesgehälter (ein heisses Eisen). Noch nie hat man aus dem Munde eines Bundesrates vernehmen können: er sei zu einem Abstrich von seinen 234 000 Franken (Bundespräsident 246 000 Franken) bereit! In der Privatwirtschaft kennt man die Grossverdiener. Alle diese übersetzten Einkommen müssen an die Kandare genommen werden. Die Steuersätze müssen ab 60 000 Franken bis und mit 50 % erhöht werden. Die kleine Schweiz muss sich an die Beispiele des grossen Auslandes halten und entsprechende Massstäbe ansetzen. Ueber 80 % der Steuerzahler beziehen ein Jahreseinkommen unter diesen 60 000 Franken. Warum soll es dieser überwältigenden Mehrheit nicht gelingen, auf diesem Sektor ein gerechteres Mass einzuführen? Die Warenumsatzsteuer kann ohne Bedenken in ein adäquateres Verhältnis hin-

aufgesetzt werden. Greifen wir in die Fundgrube: massive Gewinn (Immobilien, Antiquitäten, Kunsthandel, Luxusobjekte) und Erbschaftsteueraufstockung (nach ausländischem Beispiel), Fremdensteuer, höhere Kapitalsteuer und solche auf stille Reserven. Abbau der Staatspensionen (mit welcher Begründung beziehen Chefbeamte und Militärs Pensionen bis über 100 000 Franken?). Wo sind hier die Solidaritätsprinzipien geblieben? Wie wär's zudem, wenn die gesamte Presse hierüber besser informieren könnte? Der Bürger und Steuerzahler bis zur Mittelschicht würde staunen. Der Staatshaushalt ist der Haushalt eines jeden einzelnen. Ein jeder ist aufgerufen, sich für einen sozialen Ausgleich einzusetzen, denn nur auf diesem Wege wird unsere Finanzbilanz ausgewogen.

Chs. Brodmann, Montagnola

Nach dem Volksverdict

Warum hat noch nie ein von mir mitgewählter Stände- oder Nationalrat bei AHV-Revisionen im Parlament – ganz besonders nach dem Volksverdict vom 12. Juni – die Gelegenheit benützt, bzw. den Mut aufgebracht, die klarste aller Selbstverständlichkeiten, nämlich die Gleichsetzung des Rentenalters auf 65 Jahre auch für Frauen, vor- und durchzubringen?

Damit werden nicht nur Hunderte von Millionen Franken gespart, sondern es wird den massivsten Rufern nach Gleichberechtigung auch einmal klargemacht, dass diese Gleichberechtigung nicht nur im Fördern bestehen kann, sondern auch im – leider noch nie gehörten – Entgegenkommen bestehen muss. Der Antrag sollte aber gerechterweise von den Frauen vorgebracht werden, weil gewisse Männer eventuell mit Repressalien rechnen müssten! H. Wenger, Frauenfeld

Sachliche Antwort erwünscht

Betr. «Mimositäten aus Ingolstadt» (Nr. 25)

Lieber Nebi, ich fürchte, da entsteht ein sprachlich-deutscher Bruderzwist, und wie da einmal in Schillers «Wilhelm Tell» einer gesagt hat: «Seid einig, einig, einig...», so sage ich im BRD-Abkürzungsstreit: «Seid sachlich, sachlich, sachlich...»

Als erstes: Natürlich ist es eine kurze, zweckmässige Sache, wenn man das Kürzel BRD schreibt. Aber Tatsache ist, dass dieses Kürzel zuerst und intensiv von der Politpresse der DDR benutzt wurde. Zweck? Ich behaupte: Um die Gleichstellung der beiden deutschen Staaten auch in der Anzahl der Ab-

kürzungsbuchstaben zu dokumentieren. Hie BRD, hie DDR!

«Das sei lächerlich», höre ich hier und da. Wie wäre es mit einem Beweis? Warum schreibt die DDR-Staatspresse VR Polen und nicht VRP, VR Ungarn und nicht VRU, aber nicht BR Deutschland, sondern BRD? Darauf möchte ich eine sachliche Antwort!

Denkt objektiv, Ihr lieben Leser, merkt die Absicht und seid nicht verstimmt, sondern auf der Hut. (Das sogenannte kapitalistische Ausland ist auch so eine gedankenlos übernommene Erfindung von drüben.) Dr. Gerhard Ledig, Hamburg

Uebereifrig

Lieber Nebi, am «BRD-Herabminderungskomplex» von F. Neeb in Nr. 22 konnte man sein schmunzelndes Vergnügen haben – und nun hat wieder einmal ein Haguener (Nebi Nr. 25) alles plattgewalzt! Situationskomik und unfreiwilliger Witz ertragen solch spaltenlange, mehr oder weniger lustige Entgegnungen nur schlecht.

Wo bleibt der Humor jenes weisen Königs, der die Schmähschrift weder abreissen noch widerlegen, sondern ganz einfach tiefer hängen liess? Denn der Anspruch, ein Philosoph zu sein, wird gerade dadurch, dass man ihn hervorkehrt, sehr in Frage gestellt: lächelnd und schweigend wäre man es geblieben.

Drum hat der Nebelspalter, auf seinem praktisch-philosophischen Throne, solch übereifrige Gardistendienste, solche Hagueneriaden, sicher viel weniger nötig als er denkt..., denke ich.

Dr. H. R. Schwarz, St. Peter

Volkswahl der Lehrer

Sehr geehrter Herr Redaktor, könnten Sie Frau Schmassmann nicht nahelegen, sie solle ihren Klemm-Komplex nicht ausgerechnet im Nebelspalter (Nr. 25) abzureagieren versuchen?

Aus meiner Sicht ist im Fall der Erlenbacher Verweserin ohnehin allzuoft im Grundlegenden vorberedet worden. Es geht doch gar nicht in erster Linie um die Poch-Mitgliedschaft von Frau Klemm und auch nicht um das Elaborat von Herrn Diggelmann, das ich vorab wegen seines sprachlichen Niveaus (ist die Sprache nicht immer noch das vornehmste Unterscheidungsmerkmal, das wir Menschen den andern Lebewesen voraus haben?) ablehne. Entscheidend ist das Recht des Stimmbürgers, einen ihm – aus was für Gründen auch immer – nicht zusagenden Magistraten, Behördenvertreter oder Volksschullehrer mit dem Stimmzettel abzulehnen. Wer sich damit nicht abfinden kann, soll sich im Falle von Frau Klemm oder beispielsweise Herrn Grünfelder darum bemühen, dass die Volkswahl der Lehrer abgeschafft wird. Dann müsste allerdings der Wahlinstanz ein Kündigungsrecht eingeräumt werden. Das wäre Leuten wie Frau Schmassmann wahrscheinlich auch wieder nicht recht. Wo aber im Leben kann man den Fünfer (heute wohl Fünffziger) und das Weggli haben? Kurt Schaufelberger, Forch



Import: Berger & Co. AG. 3550 Langnau